



***BESSERE BILDUNG FÜR  
UNSERE KLEINSTEN***

Beschluss des Bundesvorstandes  
der CDU Deutschlands vom 18. September 2023

## **Bessere Bildung für unsere Kleinsten**

Wir nehmen alle Kinder in Deutschland in den Blick. Für das Wohl der Kinder zu sorgen, ist „das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ – so formuliert es unser Grundgesetz und so ist es millionenfach gelebter Alltag der Familien. Es bedarf einer neuen Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern, Schule und Kita. Wir wollen die Eltern unterstützen und dort ergänzend helfen, wo Eltern allein nicht dazu in der Lage sind, gut für ihre Kinder zu sorgen. Dies gilt auch und ganz besonders bei der Bildung der Kinder, bei der der staatlichen Gemeinschaft eine besondere Aufgabe zukommt.

Denn Bildung ist der zentrale Schlüssel für eine gute Zukunft unserer Kinder. Sie ist Voraussetzung dafür, dass jedes Kind die Chance hat, sein Leben nach seinen Fähigkeiten und Wünschen eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu gestalten. Dabei dürfen mehr Chancengerechtigkeit und der Leistungsgedanke keinen Gegensatz darstellen. Für eine bessere Bildung der Kinder ist es wichtig, die Bildungskette von Krippe, Kita und Schule im Ganzen zu betrachten und miteinander zu verzahnen. Dabei kommt Erzieherinnen und Erziehern, Lehrkräften und multiprofessionellen Teams eine entscheidende Bedeutung zu. Ihre gesellschaftliche Wertschätzung ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Fachkräftegewinnung in den Erziehungsberufen.

Leider nehmen die Lernleistungen in den Grundschulen beim Lesen, Zuhören, bei der Rechtschreibung und der Mathematik sowie der sozial-emotionalen Kompetenz seit einigen Jahren kontinuierlich ab. Nach neuesten Studien verfügt in einigen Ländern jeder vierte Grundschüler beim Übergang in die weiterführenden Schulen nicht über die erforderlichen sprachlichen und mathematischen Mindeststandards, um die Schule erfolgreich abzuschließen.

Gleichzeitig ergeben sich neue Herausforderungen in der digitalen Welt. Das Internet schafft für Kinder und Jugendliche neue Möglichkeiten, die Welt zu erfahren, aber es birgt auch Gefahren. Der übermäßige Gebrauch digitaler Kommunikations- und Chatplattformen ist eine Gefahr für die körperliche und psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Er beeinträchtigt die Konzentrations- und Lernfähigkeit. Und das gilt ganz besonders für die Kleinen: Wer übermäßig viel Zeit am Tablet oder Smartphone verbringt, verpasst wichtige Entwicklungsmöglichkeiten. Das gilt für Spiel und Sport aber auch für die Sprachentwicklung und Sozialkompetenz.

In einer zunehmend digitalen und vernetzten Welt braucht es daher neue Kompetenzen, um die Chancen der Digitalisierung nutzen zu können. Digitale Kompetenzen entscheiden künftig auch immer mehr über Chancen auf dem Arbeitsmarkt und darüber, ob sich Kinder und Jugendliche souverän in der digitalen Welt bewegen können und resilient sind gegen Desinformation, Manipulation und Kriminalität.

Vor diesem Hintergrund fordert die CDU Deutschlands

- einheitliche Standards zur Einführung einer frühen, flächendeckenden Diagnostik zur Abbildung des Entwicklungsstands von Kindern im Kita-Alter (3-4 Jahre). Alle Kinder in diesem Alter, die die deutsche Sprache nicht beherrschen oder bei denen eine sonstige Sprachauffälligkeit oder -störung festgestellt wird, müssen durch eine Verpflichtung zum Besuch einer Sprach-Kita, einer Vorschule oder von Deutsch-Vorlaufkursen besonders und wirksam gefördert werden. Der weitere Ausbau der Sprach-Kitas unter finanzieller Beteiligung des Bundes ist unbedingt erforderlich.
- dass Kitas und Schulen besser miteinander verzahnt werden. Dafür ist die Zuständigkeit für die frühe Bildung und die Grundschule bei den Bildungsministerien der Länder anzusiedeln. Diese müssen verpflichtet werden, Standards für frühkindliche Bildung weiterzuentwickeln, damit die Anschlussfähigkeit zwischen den beiden Systemen sichergestellt ist.
- den Schwerpunkt auf die Förderung der basalen sprachlichen und mathematischen Kompetenzen der Grundschüler zu legen. Ziel ist es, die Zahl der Kinder signifikant zu senken, die in Deutsch und Mathematik die Mindeststandards verfehlen. Denn diese Kompetenzen sind grundlegend für den Kompetenzerwerb in den anderen Fächern.
- im Bedarfsfall die Pflicht zur Teilnahme an einer zusätzlichen sprachlichen oder mathematischen Förderung anhand empirisch wirksamer Förderansätze.
- in den Fächern Deutsch und Mathematik mindestens die von Experten geforderte Mindestanzahl von durchschnittlich sechs Stunden in Deutsch und fünf Stunden in Mathematik zu gewährleisten. Im Fach Deutsch soll zusätzlich eine explizite Lesezeit ausgewiesen werden.
- dass Förderung basaler Kompetenzen auch soziale Kompetenzen wie Zuhören können, Regeln einhalten und den Respekt im Umgang mit anderen umfassen muss.
- schon in den Kitas mit Kindern und unter Einbeziehung der Eltern entwicklungsfördernde digitale Angebote zu nutzen und den altersadäquaten Umgang mit digitalen Tools zu schulen.
- in den Schulen umfassende digitale Bildung sowie (digitale) Schlüsselkompetenzen anhand der vier K (Kommunikation, Kollaboration, Kreativität, Kritisches Denken) zu vermitteln und in Grundschulen gleichermaßen ein privates Handynutzungsverbot umzusetzen. An weiterführenden Schulen sind Maßnahmen zu ergreifen, um eine private Handynutzung im Unterricht auszuschließen.
- individuelle digitale Angebote für Kinder mit Förderbedarf und besonders begabte Kinder.
- dass verbindliche Präventionskonzepte zur sicheren und altersgerechten Mediennutzung für Schulen entwickelt werden, die Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie externe Experten mit einbeziehen. Darüber hinaus sollen an allen Schulen Unterstützungsangebote für psychische Gesundheit sichtbar und zugänglich gemacht werden.

- dass das Leistungsprinzip insbesondere im Schulsport neben dem Teamgedanken und dem Spaß an der Bewegung wieder stärker Anwendung findet. Damit wollen wir auch den Breiten- und Vereinssport unterstützen.
- die Bundesregierung auf, schnellstmöglich mit den Ländern gleichermaßen das Startchancen-Programm in geeigneter Form und den Digitalpakt 2.0 umzusetzen, damit das Bildungssystem in Deutschland gerecht werden kann.